

URGENT ACTION

GESETZENTWURF GEFÄHRDET VEREINIGUNGSFREIHEIT

PARAGUAY

UA-Nr: **UA-069/2024** AI-Index: **AMR 45/8361/2024** Datum: **30. Juli 2024** – sd

ZIVILGESELLSCHAFT IN PARAGUAY

Die Abgeordnetenversammlung in Paraguay entscheidet über eine Gesetzesvorlage, die die Menschenrechtsarbeit im Land massiv gefährden würde. Das vorgeschlagene Gesetz enthält weit gefasste und unklare Formulierungen. Es könnte zur Kontrolle von zivilgesellschaftlichen Organisationen herangezogen werden. Mit Hilfe des Gesetzes wären willkürliche Einschränkungen bis hin zu einer Auflösung möglich. Der Präsident der Abgeordnetenversammlung und die Vorsitzenden der zuständigen Kommissionen müssen diesen Gesetzentwurf sofort stoppen, um das Recht auf Vereinigungsfreiheit zu wahren und zu schützen und die Menschenrechte im Land zu verteidigen.

Der derzeit in der Abgeordnetenversammlung geprüfte Gesetzentwurf „zur Einführung von Kontrolle, Transparenz und Rechenschaftspflicht für gemeinnützige Organisationen“ gibt Anlass zu großer Sorge. Nach all den Fortschritten in Paraguay bezüglich der Situation von Menschenrechtsverteidiger*innen und von sozialen Bewegungen ist das vorgeschlagene Gesetz ein gravierender Rückschritt.

Nach den internationalen Menschenrechtsverträgen, denen Paraguay beigetreten ist, sind alle staatlichen Stellen gesetzlich verpflichtet, das Recht auf Vereinigungsfreiheit, das auch in der paraguayischen Verfassung verankert ist, zu wahren und zu gewährleisten. Die Garantie dieses Rechts umfasst unter anderem die Möglichkeit, Vereinigungen zu gründen, die satzungsgemäßen Tätigkeiten einer Organisation auszuüben, menschliche, materielle und finanzielle Ressourcen zu suchen, zu erhalten und zu nutzen. Der Staat muss ein günstiges Umfeld für die freie und wirksame Ausübung dieses Rechts schaffen.

Der momentan diskutierte Gesetzentwurf enthält unklare Bestimmungen, die zu willkürlichen Einschränkungen der Arbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen führen könnten. Die ungerechtfertigte Verschärfung der Kontrolle ihrer Tätigkeit und die Verhängung von Sanktionen, einschließlich der dauerhaften Einstellung ihrer Aktivitäten, ohne ein ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren, stünden völlig im Widerspruch zu der Verpflichtung, das Recht auf die Verteidigung der Menschenrechte zu achten.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Ohne Anhörung oder öffentliche Konsultation hat der paraguayische Senat am 8. Juli 2024 den Gesetzentwurf „zur Einführung von Kontrolle, Transparenz und Rechenschaftspflicht für gemeinnützige Organisationen“ verabschiedet. Der Text wird nun von der Abgeordnetenversammlung geprüft. Anschließend wird es an den Präsidenten der Republik weitergeleitet, der das Gesetz verabschieden oder sein Veto einlegen kann. Im Falle einer Verabschiedung würde Paraguay sehr restriktive Bedingungen für zivilgesellschaftliche Organisationen einführen.

Der vom Senat verabschiedete Gesetzesvorschlag steht in vielerlei Hinsicht im Widerspruch zu den internationalen Menschenrechtsverträgen, deren Vertragsstaat Paraguay ist; so zum Beispiel zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte oder zur Amerikanischen Menschenrechtskonvention. Diese Abkommen garantieren das Recht auf Vereinigungsfreiheit, freie Meinungsäußerung, Privatsphäre und Teilnahme an öffentlichen Angelegenheiten.

Einer der Hauptkritikpunkte an dem vom Senat angenommenen Text ist der Mangel an Präzision und Klarheit hinsichtlich des Anwendungsbereichs und der Umsetzung. Er behandelt verschiedene Organisationen völlig unterschiedslos, unabhängig davon, ob sie öffentliche oder private Mittel erhalten. Alle sind den gleichen

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Sonnenallee 221 C . 12059 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23370205000008090100

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Registrierungs- und staatlichen Kontrollanforderungen unterworfen. Darüber hinaus gibt es keine Begründung für die Notwendigkeit der Einführung neuer Beschränkungen. Mit dem Gesetzentwurf wird der bestehende umfassende nationale Rechtsrahmen ignoriert, der es dem paraguayischen Staat bereits jetzt ermöglicht, die für die Tätigkeit gemeinnütziger Organisationen erforderliche Transparenz und Rechenschaftspflicht zu gewährleisten.

Der breite Geltungsbereich und die Unbestimmtheit der im Gesetzentwurf enthaltenen Bestimmungen – einschließlich detaillierter Berichtspflichten über die Verwendung der erhaltenen Mittel – bedrohen die Unabhängigkeit, die für zivilgesellschaftliche Organisationen unabdingbar ist. Damit sind die Privatsphäre sowie die Sicherheit sowohl ihrer Mitglieder als auch derjenigen gefährdet, deren Rechte sie zu verteidigen suchen.

Schließlich sieht der Gesetzentwurf nicht nur für juristische Personen, sondern auch für natürliche Personen, die mit der Leitung und Verwaltung der Organisationen betraut sind, Sanktionen für die Nichteinhaltung der Vorschriften vor. Dazu zählen sehr hohe Geldstrafen oder sogar die „endgültigen Einstellung der Tätigkeit“. Dabei wird nicht präzisiert, in welchen Fällen die jeweilige Sanktion greift. Die Verhängung dieser Sanktionen ohne die notwendige Klarheit und ein ordnungsgemäßes Verfahren verstößt gegen den Grundsatz der Rechtmäßigkeit und die Rechte auf Vereinigungs- und Meinungsfreiheit. Diese dürfen unter keinen Umständen unverhältnismäßigen oder so schwerwiegenden Beschränkungen unterworfen werden, dass sie in Frage gestellt werden.

Der Gesetzesentwurf stellt eine ernsthafte Bedrohung für den Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft in Paraguay dar. Seine praktische Umsetzung hätte eine abschreckende Wirkung und würde die Menschen daran hindern, ihre Menschenrechte wahrzunehmen – einschließlich der Rechte auf Vereinigungs- und Meinungsfreiheit.

SCHREIBEN SIE BITTE

E-MAILS, FAXE ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDER FORDERUNG:

- Ich fordere Sie auf, diesen Gesetzentwurf unverzüglich zurückzuziehen und ein Umfeld zu schaffen, das es allen Paraguayer*innen ermöglicht, ihre Menschenrechte wahrzunehmen.

ACHTUNG! Bitte prüfen Sie auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen und Hinweise“, ob die Briefzustellung in das Zielland ungehindert möglich ist. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

APPELLE AN DIE ABGEORDNETEN

Sr. Raúl Latorre

Presidente de la Cámara de Diputados

E-Mail: raul_latorre@diputados.gov.py

Sr. Roberto González Segovia

Presidente de la Comisión de Asuntos
Constitucionales

E-Mail: cconstitucionales@diputados.gov.py

Sr. Jorge Ramón Ávalos Mariño

Presidente de la Comisión de Legislación y
Codificación

E-Mail: legislacion_codificacion@diputados.gov.py

(Anrede: Estimados Señores Diputados / Dear
Deputies / Sehr geehrte Abgeordnete)

KOPIEN AN

BOTSCHAFT DER REPUBLIK PARAGUAY

Herr Eduardo Jose von Glasenapp Candia

Geschäftsträger a.i.

Hardenbergstraße 12

10623 Berlin

Fax: 030-31 99 86 17

E-Mail: embapar@embapar.de

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Spanisch, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **22. August 2024** keine Appelle mehr zu verschicken.

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- I call on you to immediately withdraw this bill and promote an enabling environment for all Paraguayans to fulfil their human rights.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

